

**Antrag**

Hannover, den 29.09.2020

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Personalvertretungsrechte ernst nehmen - für mehr Rechte freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

Ein Viertel der NDR-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sogenannte arbeitnehmerähnliche freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der mit Abstand größte Teil der Medienbeiträge aus Ton, Film und Texten stammt von diesen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unerlässlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Bei den Wahlen zu den Personalvertretungen im NDR sind diese wichtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allerdings von der Mitbestimmung bisher ausgeschlossen. Sie dürfen nicht wählen und auch keine aktiven Personalvertretungsrechte wahrnehmen.

Die Personalräte im NDR sollten auch die Rechte dieser wichtigen Mitarbeitergruppe vertreten dürfen. Personalräte anderer öffentlich-rechtlicher Sender machen dies bereits vor. Bei Radio Bremen, dem Hessischem Rundfunk, den Saarländischen Rundfunk, SWR, WDR und ZDF sind auch die arbeitnehmerähnlichen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter personalrechtlich vertreten. Analog zu BR und RBB wäre auch ein Modell der offiziellen Freienvertretung denkbar.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, eine entsprechende Änderung auszuarbeiten und mit allen beteiligten Ländern abzustimmen, damit diese Vertretung auch für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht wird.

## Begründung

Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unverzichtbare Kräfte beim NDR. Es ist nicht nachvollziehbar, dass diese Beschäftigten des NDR von der Mitbestimmung und Personalvertretung ausgeschlossen sind. Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft darf es bei der Mitbestimmung nicht geben. Vielmehr müssen sie auch das Recht auf Mitbestimmung erhalten. Personalräte und -vertretungen sind wichtig, weil sie sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern einsetzen - in sozialen, arbeits- und dienstrechtlichen sowie personellen Angelegenheiten. Eine ausgewogene und gleichberechtigte Personalvertretung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den NDR ist daher unerlässlich.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer